

Sonja Amalie Steffen

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Joana Cotar [AfD]: Das ist die Realität! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Das sind alles Fakten!)

Ich denke, gerade in der Krise, die wir gegenwärtig erleben, zeigt es sich doch, dass die Maßnahmen, die Deutschland, die unser Staat, die unser Land bisher ergriffen hat und ergreift, Vorbild für sehr viele Staaten in der Welt sind.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Das Coronavirus, die Krankheit Covid-19 macht aber in der Tat vor niemandem halt. Es kennt keine Grenzen, es unterscheidet nicht zwischen Reich und Arm. Es kann schlichtweg jeden von uns treffen. Aber die Folgen können sehr unterschiedlich sein. Es gibt ältere Menschen, es gibt Menschen mit Vorerkrankungen, und diese Menschen haben bei einer Infektion einen besonders schweren Verlauf zu befürchten.

Und wir wissen: Eltern mit Kindern erlebten und erleben beim Homeschooling, bei der Kinderbetreuung und bei ihrer Arbeit unheimlich stressige Zeiten. Das war aus heutiger Sicht ein wirklicher Drahtseilakt, und dieser Drahtseilakt ist auch noch nicht beendet.

Künstlerinnen und Künstler, Selbstständige, Studierende mit Nebenjobs – viele von ihnen haben von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren. Bei den Maßnahmen, die wir ergriffen haben und die wir jetzt mit dem Bundeshaushalt 2021 ergreifen wollen, geht es deshalb nicht um Gleichmacherei, sondern es geht vor allem um Solidarität, um Solidarität mit denjenigen, die durch Covid-19 besonders betroffen sind.

- (B) Um hier nur einige Punkte zu nennen: Es geht um die solidarische Unterstützung der Krankenhäuser. Ja, es stimmt: Wir haben hier in den vergangenen Jahren vielleicht nicht ganz so gut aufgepasst. Aber deshalb geben wir 3,5 Milliarden Euro für das „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“, wir geben 5 Milliarden Euro zusätzlich in den Gesundheitsfonds, und dazu gehört auch, dass wir 1 500 Euro extra für unsere Pflegekräfte geben. Das ist noch nicht genügend, aber es ist ein guter Anfang.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Es geht um die Solidarität mit den Kommunen. Wir entlasten die Kommunen von den Kosten der Unterkunft, und wir übernehmen die Gewerbesteuerausfälle.

Es geht um eine solidarische Familien- und Elternförderung. Wir geben für jedes Kind 300 Euro Kinderbonus, und nächstes Jahr wird das Kindergeld um 15 Euro erhöht. Wir entlasten die Alleinerziehenden. Und, Herr Dobrindt, da müssen Sie vorhin irgendwas verwechselt haben, weil es ausdrücklich der Wunsch der SPD war,

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Nein!
Definitiv nicht!)

dass die Alleinerziehenden 2020 und 2021 zusätzlich entlastet werden.

(Beifall bei der SPD)

Und es geht vor allem – und das freut uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz besonders – um eine solidarische Anerkennung der Lebensleistung: Die Grundrente kommt. Wir stellen 753 Millionen Euro in den Haushalt 2021 dafür ein.

Aber, wie ich am Anfang schon gesagt habe, das Virus bzw. Covid-19 kennt keine Grenzen. Deshalb muss unsere Solidarität über die deutschen Grenzen, über Deutschland hinausgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie gut, dass wir den schwer erkrankten Patienten in Frankreich und in Italien helfen konnten, dass wir vielleicht zusätzliche Leben retten konnten. Das freut auch die Italiener und die Franzosen sehr. Ich denke, das zeigt, dass wir hier einen Akt der Mitmenschlichkeit geübt haben. Darüber hinaus haben wir viele Masken und viele Beatmungsgeräte, die wir bestellt hatten, aber nicht benötigt haben, an Länder gespendet, die zu wenig davon haben, und das ist gut so, wie es übrigens auch gut ist, dass wir den Etat der Entwicklungszusammenarbeit 2021 auf 12,4 Milliarden Euro erhöhen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich freue mich auf die Debatte heute Nachmittag. Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen, und ich denke, es wird ein sehr guter Haushalt 2021 werden; denn wir nehmen sehr viel Geld dafür in die Hand.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin für die Bundesregierung ist die Staatsministerin für Kultur, Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor nicht allzu langer Zeit wären solche Zahlen dann aber doch ein Grund zur Freude gewesen. Insgesamt mehr als 1,94 Milliarden Euro sieht der Regierungsentwurf für den Haushalt 2021 für Kultur und Medien vor. Das sind 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr und gut 60 Prozent mehr, als der Kulturretat bei meinem Amtsantritt hatte.

Im Juli haben wir außerdem mit „Neustart Kultur“ das größte Konjunkturprogramm für die Kultur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet: 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Für das Schaufenster!)

Und es freut mich, dass es gelungen ist, ein eigenes Rettungs- und Zukunftsprogramm für die Kultur durchzusetzen, obwohl Kultur in Deutschland bekanntlich vor allen Dingen Sache der Bundesländer ist. Die Anstrengungen des Bundes seien außergewöhnlich, kommentier-

(C)

(D)

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) te zusätzlich kürzlich eine Kulturjournalistin mit den Worten: „In keinem Land weltweit wird die Kultur in Corona Zeiten so üppig unterstützt.“

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nach Freuen ist mir – und klar: uns allen – trotzdem nicht zumute. Zu groß ist pandemiebedingt die Not vieler Künstlerinnen und Künstler, zu gewaltig sind die Herausforderungen für die Kultureinrichtungen und auch für die Unternehmen der Kulturwirtschaft.

Ich kann die Verzweiflung und die Existenzangst echt nachempfinden, Frau Achelwilm. Das ist kein Privileg Ihrer Seite. Glauben Sie mir, Herr Grundl: Schulterzucken sieht anders aus. Wir – damit meine ich nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BKM, die dafür seit Monaten im Dauereinsatz sind; Herr Grundl hört nicht zu –

(Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

tun alles, was in unseren Möglichkeiten steht, um die Not zu lindern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Machen Sie einen runden Tisch!)

- (B) „Neustart Kultur“ ist bereits im Juli angelaufen und stößt auf enorme Resonanz. Bei uns fließen die Mittel übrigens in großer Zahl auch ab. Das Programm ist ganz bewusst auf die Sicherung der Infrastruktur ausgerichtet; denn, Frau Achelwilm, sie ist der Schlüssel, um Arbeitsmöglichkeiten und damit Einkommen für Künstlerinnen und Künstler, wie übrigens auch – das wird häufig vergessen – für alle anderen im Kulturbereich Tätigen, die nicht auf der Bühne stehen, sondern dahinter, zu garantieren.

Darüber hinaus kann ich nur an die zuständigen Länder appellieren, sehr differenziert darüber nachzudenken, wie man mit pragmatischen Konzepten vor allem das Bühnengeschehen möglichst wieder ans Laufen bringt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Das ist, finde ich, das Mindeste, das wir Künstlerinnen und Künstlern schuldig sind; denn Kultur ist keine Delikatesse für Feinschmecker, sondern Brot für alle.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Und, Herr Jongen, sie ist existenziell und von zentraler Bedeutung für eine starke und lebendige Demokratie. In diesem Sinne sieht unser Regierungsentwurf Mehrausgaben ganz besonders für die Aufarbeitung und Geschichtsvermittlung – das kann ich Ihnen nur empfehlen –, für politische Bildung und kulturelle Teilhabe vor. Die Deutsche Welle beispielsweise als Botschafterin demokratischer Werte im Ausland soll zusätzlich 22,5 Millionen Euro bekommen. 3 Millionen Euro mehr gibt es für Orte der Demokratiegeschichte. Mit einer halben Million Euro wollen wir die Aufarbeitung des Kolonialismus vorantreiben, das erste Mal übrigens mit einem eigenen Haushaltstitel. Natürlich wird auch das Humboldt Forum dazu beitragen, das im Dezember seine Pforten öffnet.

- (C) Einige stören sich an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Wir stärken sie mit 14,5 Millionen Euro, um übrigens, wenn das Land Berlin mitzieht, einen eintrittsfreien Sonntag hinzubekommen. Und nicht minder wichtig für kulturelle Teilhabe ist die Bundeskulturförderung im ländlichen Raum. Dazu zählen Bereiche wie „Zukunftsprogramm Kino“ mit 15 Millionen Euro, 20 Millionen Euro für Braunkohleregionen und ein Förderprogramm für Industriekultur, weil wir natürlich wissen, dass es gerade dort, wo sich Menschen abgehängt fühlen oder vom Strukturwandel überfordert sind, Orte des Austausch und Raum für Debatten geben muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm?

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Nein, ich setze meine Rede fort. – Kunst, Kultur und Medien sind unverzichtbar für Verständigung. Sie sind auch essenziell für die europäische Einheit in Vielfalt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Recovery Fund oder vor allen Dingen im Programm „Creative Europe“ für die Kultur gesorgt wird.

Ich komme zum Schluss.

„Alle Menschen werden Brüder“ – das ist keine romantische Verklärung, sondern ein andauernder Arbeitsauftrag an uns alle.

(D) So formuliert das der Pianist Igor Levit zur Europahymne, dem Schlusschor der 9. Symphonie Ludwig van Beethovens.

Nehmen wir – Herr Jongen, das gilt auch Ihnen – den Auftrag ernst. Stärken wir die Kräfte, die Gräben und Grenzen überwinden helfen und nicht vertiefen, wie das der rechte Rand häufig tut. In diesem Sinne bitte ich Sie darum, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 zu unterstützen und uns in den parlamentarischen Beratungen konstruktiv zu begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Sonja Amalie Steffen [SPD])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Der Kollege Dehm erhält die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Staatsministerin, ich denke, in einer kulturvollen Diskussion hätte man eine Zwischenfrage auch zulassen können. Aber das ist meine private Meinung.

Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich als jemand, der gelegentlich versucht, mit Sprache Geld zu verdienen, Ihr Bild, Kultur sei nichts für Feinschmecker, sondern Brot für alle, etwas schräg finde. Nehmen Sie mir bitte ab: Wir streiten auch um Brot für Feinschmecker.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)